

NRW braucht eine ökonomische Zeitenwende

Der sicherheitspolitischen Zeitenwende des Ukraine-Krieges muss jetzt eine **ökonomische Zeitenwende** in Deutschland und besonders in NRW folgen. Alle **Wachstums- und Standortpotentiale** müssen entfesselt werden.

Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen unterbreiten dazu konkrete Vorschläge:

- Der Ausbau von **digitaler Infrastruktur und modernen Verkehrs- und Energienetzen** muss weiter vorangetrieben werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau Erneuerbarer Energien und für Infrastrukturprojekte müssen drastisch verkürzt werden. Ersatzneubauten, wie beispielsweise bei der Rahmedetalbrücke im Sauerland, sollen künftig keiner neuen Planfeststellung bedürfen. So zünden wir beim Ausbau der Erneuerbaren endlich den Turbo und stellen sicher, dass Infrastrukturmaßnahmen Erfolgs- statt Dauerprojekte werden.
- Verkehrspolitisch neuralgische Punkte der **Straßen-, Wasser- und Schieneninfrastruktur** sollen durch ein Sofortprogramm gestärkt werden. Bei Zielkonflikten soll eine Priorisierung der Infrastrukturvorhaben erfolgen, um beispielsweise die Brücken-Sanierung zu beschleunigen. Das Gesetz von Bundesminister Buschmann zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich wird ebenfalls zur Beschleunigung der Verfahren beitragen.
- In der Energiepolitik ist eine schnelle Unabhängigkeit von russischem Gas unerlässlich. Um den in der Folge nötigen Umstellungsprozess so schnell und kostengünstig wie möglich zu gestalten, muss das Angebot konsequent verbreitert werden. Der **Ausbau Erneuerbarer Energien** reduziert die Abhängigkeit von Drittstaaten und muss daher massiv beschleunigt werden. Damit zusätzliche Wind- und Solaranlagen schnellstmöglich einen Beitrag zur Energiesicherheit leisten können, müssen **Planungs- und Genehmigungsverfahren** verkürzt werden. Da die Ausbaumöglichkeiten von Windkraft- und Freiflächen-Solaranlagen aber durch die hohe Besiedlungs- und Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen limitiert sind, muss die volle Bandbreite Erneuerbarer Energien ausgeschöpft werden. Wir wollen die Potentiale von Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, Wasserkraft, Geothermie und Wärme aus Grubenwässern und Grubengas gleichermaßen nutzen und bestmöglich heben.
- Um zu einer **Wasserstoffmodellregion** zu werden, braucht NRW jetzt den Aus- und Aufbau von Importstrukturen für Wasserstoff, der nicht von Anfang an, aber perspektivisch grüner Wasserstoff sein muss. Für die Industrie in NRW müssen alle regulatorischen Bedingungen so gesetzt werden, dass sie Anreize haben, auf Wasserstoff umzustellen, auch wenn es nicht von Anfang an "grüner" Wasserstoff ist.
- Neben Erneuerbaren Energien darf auch **Schiefergas** als Bestandteil eines Energiemixes nicht länger tabu sein. Es ist in keiner Weise konsequent, überbeuertes Schiefergas aus der ganzen Welt nach Deutschland zu transportieren, aber sich einer hiesigen Förderung komplett zu verschließen. Die Landesregierung

sollte die Initiierung von Erprobungsvorhaben zur Schiefergasförderung in Nordrhein-Westfalen nicht länger blockieren.

- Nordrhein-Westfalen muss sich darüber hinaus auch an der Erforschung von Zukunftstechnologien wie der **Kernfusion** beteiligen. Energiesicherheit und eine preiswerte und zugleich umweltfreundliche Stromversorgung über diesen Winter hinaus erfordern auch eine weitere Nutzung der **Kernenergie** in Deutschland. Daher ist ein Weiterbetrieb der drei bestehenden Kernkraftwerke über den 15. April 2023 hinaus notwendig. Gleichzeitig ist ein Stopp des Rückbaus der drei zum 31. Dezember 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke und deren anschließende Wiederinbetriebnahme erforderlich.
- Der **Kohleausstieg im Rheinischen Revier** muss durch unterstützende Maßnahmen für die betroffene Region und die Beschäftigten flankiert werden. Die bevorstehende Transformation ist eine Chance zum Aufbau neuer und zur Erweiterung bestehender Innovations-Cluster. Mithilfe von Experimentierräumen mit niederschweligen bürokratischen Hürden können neue Perspektiven geschaffen werden.
- Die schwarz-grüne Koalition hat bei der **Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung** leider das falsche Signal gesetzt, indem sie das einst von der FDP durchgesetzte Digitalministerium abgewickelt und die digitalpolitischen Kompetenzen wieder auf mehrere Landesministerien aufgeteilt hat. Dies wird der Bedeutung der Digitalisierung auf dem Weg zu einem modernen und unkomplizierten Staat in keiner Weise gerecht. Dass in diesem Zusammenhang auch der Digitalausschuss des Landtages aufgelöst wurde, unterstreicht die falsche Prioritätensetzung.
- NRW braucht eine **Entbürokratisierungsoffensive**. Verkrustete und bürokratische Strukturen kosten die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Nerven, sondern auch jährlich Millionen. Die Digitalisierung der Verwaltungen muss deswegen mit höchster Priorität vorangetrieben werden.
- **Belastungen durch Steuern und Abgaben** müssen weiter gesenkt werden. Um hierfür die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, wollen wir unter anderem Subventionen im nordrhein-westfälischen Haushalt konsequent kürzen und im Ideal komplett streichen oder vermeiden. Daneben wollen wir endlich wieder einen klaren finanziellen Fokus auf die Kernaufgaben legen, die Nordrhein-Westfalen in seiner föderalen Struktur zugewiesen bekommen hat. Alle weiteren Betätigungsfelder sind im Zuge einer umfassenden Aufgabenprüfung kritisch zu evaluieren und gegebenenfalls einzustellen.
- Wir Freien Demokraten stehen als einzige politische Kraft glaubhaft für solide Finanzen im Einklang mit der **Schuldenbremse**. Die neue Landesregierung hat sich von Grundsatz "ohne neue Schulden" der letzten Jahre direkt weit entfernt. Die Zeiten ausgeglichener Landeshaushalte sind vorbei: Mit mehreren **Kehrtwenden bei der Haushaltsplanung** hat die Landesregierung von Hendrik Wüst für ein nie dagewesenes Chaos gesorgt und ohne Not neue Schulden in Milliardenhöhe aufgenommen. Es geht um die richtige Priorität: Christian Lindner sorgt in Berlin für das Einhalten der Schuldenbremse, hat sich aber für eine zusätzliche "Bildungsmilliarde" im Bundeshaushalt ausgesprochen. Diesem Vorbild sollte Hendrik Wüst folgen: Konsequenter sparen, um den Spielraum für eine **"Innovationsmilliarde"** im Landeshaushalt zu gewinnen. Möglichkeiten zum Sparen

gibt es dabei genug: Von unnötigen Landesbeteiligungen über die klare Fokussierung auf die durch die föderale Struktur vorgegebenen Kernaufgaben bis zur Kürzung der üppigen Haushaltsmittel für die PR-Arbeit der Landesregierung.

- Die **Steuerpolitik** ist Teil des Standortwettbewerbs. Damit NRW diesen Wettbewerb erfolgreich besteht, wollen wir die Wirtschaftskraft des Landes als Kraft der Erneuerung nutzen, für individuelle Zukunftschancen, nachhaltiges und generationengerechtes Wachstum und als Motor des Fortschritts. Das erfordert eine Finanzpolitik, die steuerliche Belastungen für die Menschen und Betriebe im Land so gering wie möglich hält und, wo möglich, senkt. Nur so können in den Betrieben Innovationen vorangetrieben und neue innovative Unternehmen für den Standort gewonnen werden. Auch der Entfall des Solidaritätszuschlags für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wäre dabei ein Faktor. Ansatzpunkte für Verbesserungen sehen wir nicht zuletzt bei der Erbschafts- und Schenkungsteuer. Hier gilt es, die Zukunft der mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, nicht zu gefährden. Insbesondere dürfen Unternehmensnachfolgen nicht an den Fallstricken des Steuerrechts scheitern.
- Primär sehen die Freien Demokraten zwei Hauptaufgaben: die **radikale Vereinfachung des Steuerrechts** und die **Reduzierung der Grenzbelastung für zusätzliches Einkommen**.
- Eine radikale **Steuervereinfachung** kann aufkommensneutral stattfinden – durch Anwendung erheblicher Pauschalierungen sowie Abschaffung bzw. Befristung zahlreicher überholter Sonderregelungen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer. Jede steuerliche Regelung, die angefasst wird, muss zu einer Vereinfachung für die Steuerzahler führen.
- Die **Reduzierung der Grenzbelastung** muss im Mittelpunkt aller Bemühungen zur Senkung von Steuern und Abgaben stehen. Indem wir die Belastung auf den nächsten verdienten Euro reduzieren, leisten wir nicht nur einen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik, sondern vor allem auch gegen den Fachkräftemangel. Denn nur so wird es gelingen, Anreize zu setzen – bei Empfängern von Sozialleistungen Anreize zur Arbeitsaufnahme und bei Berufseinsteigern und allen anderen Anreize für ein Vorankommen durch eigene Leistung. Die FDP hält dazu an dem Ziel fest, ein Steuer- und Sozialsystem aus einem Guss zu schaffen.
- Bei der **Grundsteuer** fordern wir eine Abkehr vom bürokratischen Scholz-Modell. Dies würde eine Befreiung von bürokratischen Lasten bedeuten, aber nicht zu Steuermindereinnahmen führen. Wir Freie Demokraten schlagen stattdessen ein flächenbasiertes Grundsteuermodell vor, das in vergleichbarer Form in anderen Bundesländern längst Anwendung findet. Der mit den neu abgegebenen Grundsteuererklärungen verbundene Aufwand wäre nicht hinfällig; denn ein Großteil der erhobenen Daten würde auch für das flächenbasierte Grundsteuermodell benötigt.
- Wir werden uns bei der **Grunderwerbsteuer** weiterhin dafür einsetzen, dass auf Bundesebene schnellstmöglich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die es den Ländern und auch uns in NRW ermöglichen, den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch den von uns seit langem angestrebten Freibetrag zu erleichtern. Für NRW setzen wir uns darüber hinaus auch weiterhin für eine spürbare Senkung des Steuersatzes und damit für eine allgemeine Entlastung ein.

- Die ökonomische Zeitenwende ist ein guter Anlass, Sinn und Zweck der **Gewerbsteuer** grundsätzlich in Frage zu stellen. Langfristig sollte die Gewerbesteuer durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und die auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt werden.
- Neben den Energiepreisen stellt der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen die größte Herausforderung dar. Er stellt allerdings nicht nur ein Problem für Unternehmen dar, sondern gefährdet auch die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Ziele wie Klimaschutz, Pflege oder Kinderbetreuung. Die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte muss daher politikfeldübergreifend in den Blick genommen werden. In der Bildungspolitik benötigen wir insofern eine deutliche Stärkung und Aufwertung der beruflichen Bildung. Unsere Hochschulen müssen sich stärker internationalisieren und ihren Ressourceneinsatz anpassen, damit in den relevanten Fächern noch mehr junge Talente aus aller Welt in Nordrhein-Westfalen zu Fachkräften von Morgen ausgebildet werden. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist es aber auch wichtig, dass Menschen in ihrem Beruf verbleiben bzw. ihre Tätigkeit ausweiten. Dazu beitragen wird vor allem eine Steuerpolitik, die die Belastung für zusätzliches Einkommen (sowohl durch Steuern, aber auch durch Wegfall von Sozialleistungen) erheblich reduziert. In der Einwanderungspolitik müssen wir qualifizierten Zuwanderern die Einreise nach und den Verbleib in Nordrhein-Westfalen deutlich erleichtern.

Nach einer langen Phase des Aufschwungs hat sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland fundamental verändert. Jahrelang wurden viele politische Themen fast ausschließlich unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert, nun muss wieder die Stärkung des Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Investitionsstandorts im Fokus stehen. Hierfür werden wir Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen eintreten, denn für uns ist klar: Nur durch eine wirtschaftspolitische Zeitenwende kann es gelingen, das Potential der Menschen in diesem Land besser noch zu aktivieren und dazu beizutragen, dass die besten Tage noch vor uns liegen.